

LEBE setzt 50 000 Franken für eine eigene Kampagne gegen das Kaputtsparen des Kantons ein

Im März 2012 oder eventuell erst im Juni wird voraussichtlich nochmals über den Volksvorschlag zur Senkung der Auto- und Steuern abgestimmt. Der Berufsverband LEBE hat an der Delegiertenversammlung beschlossen, eine eigene Kampagne gegen das Kaputtsparen des Kantons zu lancieren und dafür 50 000 Franken einzusetzen. LEBE will damit einen Einnahmefall von 100 Millionen Franken verhindern. Erfahrungsgemäss würde rund ein Drittel der Einsparungen auf Kosten der Schule gehen. Mit Trauer und Wut wurden die Sparentscheidungen des Grossen Rates zur Kenntnis genommen.

An der Delegiertenversammlung Mitte Dezember wurde entschieden, dass sich LEBE im neuen Jahr laut und deutlich

Michael Gerber

gegen weitere Sparmassnahmen im bernischen Bildungswesen zur Wehr setzen wird. Dazu gehört auch eine eigenständige Kampagne gegen den Volksvorschlag zur Senkung der Autosteuer. Diese Abstimmung wird voraussichtlich im März oder Juni wiederholt, da eine Abstimmungsbeschwerde vom Gericht gutgeheissen worden war. Für LEBE ist klar, dass der Einnahmefall von rund 100 Millionen Franken zu rund einem Drittel auf Kosten der Schule aufgefangen werden müsste. Dies ist nicht akzeptabel. Im Frühling 2012 will der Berufsverband an einer Aktion aufzeigen, welche konkreten Auswirkungen der in der Novembersession beschlossene Lektorenabbau auf der Primarstufe hat. Es ist von einem Abbau von rund 100 Vollzeitstellen die Rede. Ebenfalls auf August 2012 wird die neue Finanzierung der Volksschule wirksam. Sie wird zu einem Abbau von rund 500 Vollzeitstellen führen, grosse Unruhe in den Kollegien verursachen und die Zahl der Kinder pro Klasse stark erhöhen. Die Geschäftsstelle von LEBE hat von den Delegierten den Auftrag erhalten, im Jahr 2012

eine zweistufige Mobilisierung zu planen. Dabei sollen auch Unterrichtsausfälle in Kauf genommen werden. Eine erste Aktion soll Ende März stattfinden und die direkt vom Bildungsabbau Betroffenen auf die Strasse bringen, eine zweite, grössere Aktion ist im Vorfeld der Budgetdiskussion des Grossen Rates im Herbst geplant.

Rückblick auf die Novembersession

Geprägt wurde die Diskussion an der Delegiertenversammlung durch die Entscheidung des Grossen Rates im November 2011. Das Parlament hatte in der ersten Sessionswoche Kantonsbeiträge für die Einführung der Schulsozialarbeit bewilligt und in der ersten Lesung zur Revision des Volksschulgesetzes auch die freiwillige Einführung der Basisstufe beschlossen (siehe Seiten 10 bis 12). Als es um die Sparmassnahmen ging, die der Regierungsrat bereits im Juni 2011 angekündigt hatte, blieb die Mehrheit des Grossen Rates auf Sparkurs. Sie beschloss den Abbau von Schülerlektionen, Abstriche beim Gestalten am Gymnasium, verzichtete aber auf die Schliessung der Schlossbergschule in Spiez. An der Delegiertenversammlung von LEBE berichteten fünf bildungsnaher Grossrätinnen und Grossräte über ihren Kampf gegen den Qualitätsabbau in der Schule. Auch Regierungspräsident und Erziehungsdirektor Bernhard

Pulver erklärte sich vor den Delegierten und sagte: «Die Streichung der Schülerlektionen ist zwar im Ansatz falsch, aber vertretbar und das kleinere Übel.» Noch schlimmer wäre es laut Pulver, wenn die Löhne der Lehrpersonen angetastet würden oder die Zahl der Pflichtlektionen der Pädagoginnen und Pädagogen erhöht würde.

Sekundarstufe I ist solidarisch

Die Sekundarstufe I steht solidarisch hinter den Kampfmassnahmen, die die Delegiertenversammlung von LEBE am 14. Dezember 2011 beschlossen hat. Dies betonte der Präsident der Stufe Philippe von Escher in einem Newsletter an seine Mitglieder. Er schreibt weiter:

- Die Salamatik der Bildungsabbauer, Lektionen auf der Mittel- und Unterstufe einzusparen, tragen wir nicht mit.
- Wenn wir heute auch nicht die Betroffenen sind, morgen sind wir dran!
- Es gilt, alle Lehrpersonen der Sekundarstufe I für die geplanten Kampfmassnahmen zu sensibilisieren. Überzeugen wir sie! MG



Anne-Magdalena Linder. «Sparen bei der Bildung ist ein Armutzeugnis», sagte die Grüne Grossrätin den LEBE-Delegierten. Ganz wichtig sei nun, dass der Volksvorschlag zur Senkung der Autosteuer abgelehnt werde, damit nicht noch ein zusätzliches Loch in die Kantonsfinanzen gerissen werde.



Daniel Steiner-Brütsch. «Die bürgerliche Mehrheit hat Steuersenkungen durchgesetzt – nun trifft es die Bildung», sagte der EVP-Grossrat. Es sei ein Tabubruch, dass neu auch bei den Kindern gespart werde. LEBE solle kämpferischer werden: «Lieber Schlaglöcher statt Bildungslücken!»



Elisabeth Hufschmid. Das Sparen mit einem festen Verteilungsschlüssel sei ein grosser Fehler, sagte die SP-Grossrätin den LEBE-Delegierten. Sie fordert nun einen Sozialplan für die vom Stellenabbau betroffenen Lehrerinnen und Lehrer. Es sei vom Abbau von 550 Lehrer-Vollzeitstellen die Rede.

Wir haben genug von den Sparmassnahmen!

Nachdem wir in letzter Zeit viele wohlwollende Signale empfangen hatten, wurden wir in diesem Herbst mit voller Wucht vom Entlastungspaket, vorgeschlagen vom Erziehungsdirektor Bernhard Pulver, getroffen. 10 Millionen Franken sollen ab Schuljahr 2012/2013 vorwiegend auf der Mittelstufe eingespart werden.

Für ein Kind, welches im nächsten Sommer in die 2. Klasse kommt, bedeutet dies einen Verlust von 114 Lektionen techni-

Christoph Schenk

sches oder textiles Gestalten sowie 76 Lektionen NMM im Vergleich zu einem Kind, welches zum gleichen Zeitpunkt in das 7. Schuljahr übertritt. Und dies auf einer Stufe, in der das Augenmerk von vielen Kindern und Eltern sowieso schon vorwiegend auf die Übertrittsfächer Deutsch, Mathematik und Französisch gerichtet ist – ein verheerender und pädagogisch nicht nachvollziehbarer, laut Herrn Pulver aber vertretbarer Entscheid.

Der Erziehungsdirektor hat angekündigt, dass der Lehrplan in den betroffenen Fächern angepasst werde. Wir erwarten, dass dies innerhalb von nützlicher Frist geschieht, konkrete Themen oder Bereiche von und in der Verantwortung der Erziehungsdirektion gestrichen und offen kommuniziert werden.

Auch die bekanntermassen einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzten Lehrpersonen der Mittelstufe erleiden aber Verluste. Mehr als die Hälfte der an dieser Stufe angestellten Lehrpersonen dürften von dem Lektorenabbau und damit von Lohnentbussen (bei gleichbleibender Arbeitsbelastung) betroffen sein. Da die meisten Lehrpersonen aber «nur» eine Einbusse von ein bis drei Lektionen hinnehmen müssen, wird es wohl, wenn überhaupt, nur vereinzelt zu Kündi-

gungen kommen. Wenn auch von Herrn Pulver in einem Nebensatz erwähnt, die Erziehungsdirektion rechnet kaum damit, einen Sozialplan ausarbeiten zu müssen.

Es ist dies der Höhepunkt in einer ganzen Reihe von Sparmassnahmen. Nach der Erhöhung der Pflichtlektionen, Abschaffung des automatischen Lohnanstiegs – und damit des Lohnanstiegs überhaupt – und bevor die Auswirkungen der neuen Finanzierung Volksschule und der voraussichtlichen Lockerung oder Aufhebung der Richtlinien für Schülerzahlen absehbar sind, haben wir von der Mittelstufenkonferenz mehr als genug. Gemeinsam mit allen anderen LEBE-Stufen und -Regionen fordern wir das Ende der Sparmassnahmen im Bildungsbereich und Entlastungspakte, welche diesen Namen auch verdient haben. Entlastungspakte für die Volksschule und ihre Lehrpersonen, welche in den letzten zwanzig Jahren immer wieder geholfen haben, einen finanziell krankenden Kanton am Leben zu erhalten und gleichzeitig das bestmögliche Bildungsangebot für seine Kinder zu bieten.

Die Mittelstufenkonferenz unterstützt die an der DV beschlossenen Massnahmen voll und ganz. Mit grossem Selbstvertrauen und Engagement werden wir uns auch zukünftig für die Interessen unserer Lehrpersonen einsetzen.

Christoph Schenk ist Präsident der Mittelstufenkonferenz von LEBE.



Christoph Schenk

Bild Fabian Kramer

LEBE ist auch der Verband der Schulleitungen

An der Delegiertenversammlung wurden die Statuten von LEBE angepasst. Lehrerinnen und Lehrer Bern laut weiterhin der Name. Neu werden in den Statuten aber neben den Lehrpersonen auch ausdrücklich die Schulleiterinnen und Schulleiter als Mitglieder genannt. Ziel des Verbandes ist es, alle in der Bildung Tätigen des Kantons Bern zu organisieren und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Bei der gewerkschaftlichen Arbeit, das, wo es ums Anstellungsrecht, um Löhne und die Pensionskasse geht, kämpft LEBE schon lange für bessere Arbeitsbedingungen, und zwar sowohl für Lehrpersonen, wie auch für Schulleitungen. Auch die bildungspolitische Meinungsbildung macht keinen Unterschied: Ob Basisstufe, Sprachenkonzept oder Neugestaltung des 9. Schuljahres – immer sind alle an der Schule Beteiligten betroffen. Bei der Beratung der Mitglieder in rechtlichen und anderen schulischen Fragen zeigt sich sogar ein Überhang von Anfragen vonseiten der Schulleiterinnen und Schulleiter. LEBE ist auch der Verband der Schulleitungen – darum ist es auch klar, dass die Selbsteinschätzung in Bezug auf den Bruttolohn zur Festlegung des Mitgliederbeitrages immer beide Anstellungen umfassen muss, jene als Lehrperson und jene als Schulleiterin oder Schulleiter. MG



Roland Näf. Der SP-Grossrat und Schulleiter sieht nur eine Lösung, um das weitere Sparen bei der Bildung zu verhindern: «Der Kanton Bern muss zu mehr Geld kommen.» Mehr Geld gebe es nur, wenn bei den Wahlen die richtigen Politiker gewählt und unsinnige Steuersenkungen abgelehnt würden.



Daniel Kast. Der CVP-Grossrat ärgert sich über die Regierung, die bei der Bildung spart, nicht aber bei den gebundenen Aufgaben, wie etwa beim Strassenunterhalt. «Der Lektorenabbau kommt der Vernichtung von Bildungsqualität gleich», sagte Daniel Kast.

Bild Fabian Kramer

